

IM RAT DER STADT DORTMUND

Blick auf den Rat der Stadt Dortmund am 4. Juli 2019

Brückenschlag über die B54 für Radfahrer, Stadtbahnnutzer und Fußgänger

Wir unterstützen den neuen Anlauf für den Brückenschlag zwischen Phoenix West und dem Botanischen Garten Rombergpark über die B 54 auf Höhe des Stadtbahnhaltepunktes Rombergpark, sollte es der Verwaltung gelingen, Fördermittel in Höhe von 80 % der geschätzten 12,1 Mio. Euro Baukosten zu akquirieren.

Der geplante Brückenschlag ist aus unserer Sicht ein wichtiger Standortfaktor für die die Unternehmen auf Phoenix West. Wir sehen die Notwendigkeit, für die Beschäftigten der Betriebe und Unternehmen auf PHOENIX West und auf dem Wilo Campus einen verbesserten, insbesondere barrierefreien Zugang zur Stadtbahn zu schaffen. Die Brücke soll die Phoenix-Flächen an das bestehende Radwegenetz entlang der B 54 anbinden und der Vernetzung von Grün- und Erholungsräumen unserer Stadt dienen (Westfalenpark – Rombergpark; Naturschutzgebiet Bolmke – Phoenix Park – Phoenix See; südliche Waldgebiete). Jenseits der rein funktionalen Bedeutung, schaffen wir mit einem architektonisch gelungenen Brückenbauwerk ein Tor in unsere Stadt, das unser Stadtbild prägen wird.

Die Bauzeit wird mit 18 Monaten veranschlagt. Ursprünglich (2013) belief sich die Kostenkalkulation einmal auf 6, 6 Mio. Euro. Nun werden die Baukosten auf 12, 1 Mio. Euro geschätzt, weshalb wir die weiteren Planungen von einer Fördermittelzusage in Höhe von 80 % abhängig machen.

[Brückenschlag B 54](#)

Handlungsprogramm Klima und Luft

Mit unseren Stimmen hat der Rat der Stadt Dortmund die Erstellung eines „Handlungsprogramms Klima-Luft 2030“ beschlossen.

Ziel ist die kontinuierliche Minderung des Treibhausgasausstoßes bis hin zur Klimaneutralität im Jahr 2050 in Bezug zum Basisjahr 1990 mit den Zwischenschritten 55% bis zum Jahr 2030 und 70% bis zum Jahr 2040. Das „Handlungsprogramm Klima-Luft 2030“ soll das im Jahr 2011 vom Rat der Stadt Dortmund beschlossene „Handlungsprogramm Klimaschutz 2020“ fortschreiben und neue Klimaschutzaktivitäten vorantreiben.

Aus dem Handlungsprogramm „Klimaschutz 2020“ konnten rund 70 Projekte entwickelt und umgesetzt werden.

Die Fortführung des Handlungsprogramms Klimaschutz 2020 beinhaltet nicht nur den Klimaschutz. Wegen der engen Verbundenheit der Themenbereiche und ihrer Wechselbezüglichkeit wird das Handlungsprogramm um den Themenbereich Luftreinhaltung inhaltlich ergänzt und weiter entwickelt. Wie im Bereich Klima soll ein Katalog erarbeitet werden, der Maßnahmen aufzeigt, die zur guten Luftqualität in Dortmund beitragen.

Es ist beabsichtigt, das Handlungsprogramm innerhalb eines Jahres zu entwickeln.

Neuaufstellung des Landschaftsplanes

Im Jahr 2013 hat der Rat der Stadt Dortmund die Neuaufstellung des Landschaftsplanes Dortmund beschlossen. Nun lagen dem Rat die Ergebnisse der bislang durchgeführten Verfahrensschritte zur Kenntnisnahme vor (Beteiligung der Träger öffentlicher Belange; Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger). Die Stellungnahmen, Anregungen und Bedenken bezogen sich insbesondere auf die Leinenregelung für Hunde in Naturschutzgebieten, jagdliche Festsetzungen und landwirtschaftliche Regelungen, den Geltungsbereich des Landschaftsplanes und die Schutzgebietsfestsetzungen.

Wir haben für die öffentliche Auslegung des zweiten Entwurfs des Landschaftsplanes gestimmt. Darin werden

- 35 Naturschutzgebiete auf 2.706 ha (fast 10% des Stadtgebietes)
- 48 Landschaftsschutzgebieten auf 8.584,5 ha (entsprechend 30,58 % des Stadtgebietes)
- 76 Naturdenkmäler
- 139 geschützte Landschaftsbestandteile

ausgewiesen.

Dadurch wird sich der Anteil der geschützten Teile von Natur und Landschaft, trotz der baulichen Entwicklungen im Stadtgebiet, auf fast 42 % der Fläche erhöhen.

Uns war es wichtig, dass wohnortnahe Naturräume auch zukünftig in ihrer wichtigen Funktion für Erholung, Sport- und Freizeitaktivitäten der Bevölkerung erhalten bleiben.

Dortmunder Initiative gegen die globale Klimakrise

Auf gemeinsamen Antrag unserer Fraktion und der SPD-Fraktion hat der Rat der Stadt Dortmund die [„Dortmunder Initiative gegen die globale Klimakrise“](#) beschlossen.

- Darin bekennt sich der Rat der Stadt Dortmund zu den Klimazielen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, deren Erreichung auch in Dortmund ernsthafte Maßnahmen erfordert.
- Der Rat der Stadt Dortmund bekräftigt die im Handlungsprogramm „Klima-Luft-2030“ definierten Klimaschutzziele.
- Die Belange des Klimaschutzes sollen künftig in gleichem beachtet werden, wie die des Umwelt- und Naturschutzes, der sozialen Sicherung und des Wirtschaftsstandortes.

Der umweltpolitische Sprecher unserer Fraktion, Uwe Waßmann, betonte, dass die Umsetzung der städtischen Klimapolitik aber sozialverträglich erfolgen muss. Die „Dortmunder Initiative gegen die

globale Klimakrise“ gehe weit über das symbolhafte Ausrufen des „Klimanotstandes“ hinaus, machte Uwe Waßmann deutlich. Gefragt seien konkrete Maßnahmen. Diesbezüglich sei das jahrzehntelange Verwaltungshandeln in unserer Stadt anzuerkennen, betonte Waßmann unter Hinweis auf die Klimaschutzaktivitäten der Stadt.

Die Mehrheit des Rates unterstützte die Sicht unserer Fraktion: Der Rat der Stadt Dortmund hat anders als andere Städte keinen „Klimanotstand“ ausgerufen. Das Ausrufen des „Klimanotstandes“ war Gegenstand von zwei ähnlich lautenden Resolutionsanträgen der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und Die Linke und Piraten.

Große Zustimmung fand die Vorlage der Verwaltung zur „Dortmunder Klimaschutzinitiative (DoKi).

Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme

Im Rahmen des Sofortprogramms „Saubere Luft 2017 – 2020“ unterstützt die Bundesregierung die Kommunen mit besonders hohen Stickstoffdioxidbelastungen mit bis zu 1,5 Milliarden Euro bei der Gestaltung nachhaltiger und emissionsarmer Mobilität. Das Förderprogramm „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“ zielt darauf ab, Vorhaben umzusetzen, die kurz- bis mittelfristig zur Emissionsreduzierung der Luftschadstoffe beitragen können.

Ende vergangenen Jahres durfte die Stadt Dortmund aus diesem Programm eine Förderzusage in Höhe von rund 2,2 Mio. Euro zur Erneuerung des Parkleitsystems entgegennehmen.

Mit dem im Mai 2019 veröffentlichten vierten Förderaufruf im Rahmen der Förderrichtlinie „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“ werden für die von NO₂-Grenzwertüberschreitungen betroffenen Kommunen nun erneut Fördergelder in einer Gesamthöhe von bis zu 300 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Die thematischen Förderschwerpunkte der Richtlinie sind

- Erhebung, Bereitstellung und Nutzung von Mobilitäts-, Umwelt- und Meteorologie-Daten,
- Verkehrsplanung/-management,

- Automation, Kooperation und Vernetzung.

Unsere Fraktion wollte wissen, mit welchen Vorhaben sich die Stadt oder städtische Unternehmen am Förderaufruf beteiligen werden.

Aus der Stellungnahme der Verwaltung:

„... Für den aktuellen 4. Aufruf zu diesem Förderprogramm plant das Stadtplanungs- und Bauordnungsamt einen Förderantrag zum Thema „Digitalisierung im Radverkehr“ zum 30.09.2019. Hierbei handelt es sich um die Maßnahme 1.5 aus dem Masterplan „Nachhaltige Mobilität für die Stadt“. Geplant ist ein Antrag für die Erstellung, Einführung und Vermarktung einer Navigations-App speziell für den Radverkehr. Hierdurch kann eine permanente, automatisierte Verkehrsdatenerfassung im Radverkehr stattfinden. Durch die Umsetzung der erhobenen Daten in Karten („Heatmaps“, Darstellung von Routen, Wegehäufigkeiten, Wartezeiten etc.) ist eine deutlich verbesserte Analyse, Potentialabschätzung sowie Beobachtung und Kontrolle von Radverkehrsprojekten möglich. Sinnvoll erscheint die Verknüpfung mit einer Marketingkampagne mit Bonussystem zur Steigerung des Radverkehrsanteils und als Anreiz zur Nutzung der App. Die App muss von den nutzenden Radfahrern auf dem Smartphone installiert sein.

... Die Daten aus den Heatmaps können zusätzlich helfen die Standorte für weitere Dauerkontrollstellen zu verorten sowie die richtigen Teststrecken für Pilotprojekte zur Früherkennung von Radfahrern an Signalanlagen zu identifizieren. Für diese beiden Maßnahmen werden jedoch aktuell noch keine Förderanträge gestellt.

In Ergänzung prüft 1/CIO die Möglichkeiten, in diesem Förderaufruf ein Projekt im Rahmen der Smart City-Bemühungen gemeinsam mit kommunalen Unternehmen einzureichen, um hier bspw. über die Bereitstellung zusätzlicher Datenquellen in Form von Sensorik die Digitalisierung des Verkehrssystems in Dortmund zu unterstützen. ...

... Die DSW21 bekommt aus dieser Förderrichtlinie das Projekt „IPSI- Interoperables Produkt Service Interface“ gefördert. Über IPSI werden alle angeschlossenen Handy-Ticket-Systeme miteinander vernetzt. Mit dieser neuen Schnittstelle kann zum Beispiel jemand mit der „heimischen“ DSW21-App auch in einem fremden Verkehrsverbund ein

Ticket buchen. Die Kundschaft braucht dann nicht mehr die unterschiedlichen Apps der verschiedenen Verkehrsverbünde, bei denen sie sich registrieren und Kunden- sowie Kontodaten heraus geben muss.

Die Dortmunder Eisenbahn Infrastruktur GmbH plant eine Antragstellung auf Fördermittel im jetzigen Aufruf für die Digitalisierung des Stellwerks, mit dem Sie letztlich lokal Lkw-Fahrten einsparen.“

Kommunale Arbeitsmarktstrategie

Der Rat der Stadt Dortmund hat die „Kommunale Arbeitsmarktstrategie 2020 – 2030“ beschlossen. Wir haben der Verwaltungsvorlage zugestimmt.

Ziel ist es, mit der „Kommunale Arbeitsmarktstrategie 2020-2030“ einen Beitrag zu leisten, um die Arbeitslosenquote in den kommenden zehn Jahren dauerhaft auf unter 8 Prozent zu senken. Es geht um

- die Prävention und Bekämpfung von Ursachen und Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit sowie der Jugendarbeitslosigkeit durch eine Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit und die Gestaltung des Übergangs Schule-Beruf,
- den weiteren Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung mit einer Zielzahl von 300.000 Personen bis zum Jahr 2030,
- das „Aufschließen“ neuer Arbeit, insbesondere für die Zielgruppe der An- und Ungelernten,
- sowie um die Senkung der SGB II-Quote insgesamt.

Im Mittelpunkt der „Kommunalen Arbeitsmarktstrategie 2020-2030“ stehen

- benachteiligte, bedürftige Personengruppen
- sowie erwerbsfähige Leistungsbezieher.

[„Kommunale Arbeitsmarktstrategie 2020 – 2030“](#)

Neubau einer Schwimmsporthalle am Standort Revierpark Wischlingen

Wir unterstützen den Bau einer neuen Schwimmsporthalle am Standort Revierpark Wischlingen als Ersatz für das sanierungsbedürftige Westbad am Kortental und haben in der Ratssitzung für den entsprechenden Baubeschluss gestimmt. Vorgesehen ist der Bau einer Schwimmsporthalle mit einem 25 Meter-Sportbecken und fünf Bahnen, ein Lehrschwimmbecken, fünf Startblöcke, ein Ein-Meter- und ein Drei-Meter-Sprungturm sowie eine ausreichende Anzahl an Sammel- und Einzelumkleiden inklusive der Sanitär- und Duscheinrichtungen. Das Lehrschwimmbecken wird mit einem Hubboden ausgestattet. Das im Allwetterbad in Wischlingen bestehende Kleinkindbecken (ca. 130 qm) soll aufgewertet werden.

Das vorhandene Bad- und Sauna-Angebot sowie die zahlreichen Freizeitangebote im Revierpark Wischlingen erfahren durch das neue Bad eine sinnvolle Ergänzung. Für den Neubau der Schwimmsporthalle am Standort Wischlingen sprechen aus Sicht unserer Fraktion vor allem auch die kalkulierten jährlichen Betriebskosteneinsparungen in einer Höhe von jährlich zirka 550.000 Euro, resultierend aus Synergieeffekten durch die Übertragung der Betriebsführung des neuen Bades auf die Revierpark Wischlingen GmbH

[Neubau einer Schwimmsporthalle](#)

Zukunftskonzept Botanischer Garten Rombergpark

Unsere Fraktion hat der Umsetzung des „Zukunftskonzepts Botanischer Garten Rombergpark“ zugestimmt.

Das Zukunftskonzept Botanischer Garten Rombergpark ist auf acht Jahre ausgelegt, hat ein Investitionsvolumen von 14 Mio. Euro und beinhaltet insgesamt zwölf Projekte mit folgenden Zielrichtungen:

Steigerung der Attraktivität und Bildungsangebote

- innovatives Wegweiser- und Informationssystem,
- Anlage eines exotischen Gartens,
- Erweiterung des Pflanzenschauhaus-Komplexes,

- Bau einer Entdeckerstation mit Sammlungs- und Forschungsräumlichkeiten,
- Anlage eines Steges am Sumpfympressenteich mit Präsentation des Sauriers vom MNK
- Bau eines Baumwipfel-Erlebnis-Pfades

Verbesserung der Infrastruktur und Arbeitssicherheit

- Neubau eines Recycling-/Lagerplatzes
- Neubau eines Betriebshofes
- Neubau eines Überwinterungshauses
- Erweiterung des Parkplatzangebotes
- Aufwertung im Bereich des hist. Schlosses und der zukünftigen Romberghöfe

[Zukunftskonzept Botanischer Garten Rombergpark](#)

Resolution zur Grundsteuerreform

Unsere Fraktion hat eine von der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund beantragten Resolution zur Grundsteuerreform in einem zentralen Punkt nicht mitgetragen.

Der SPD-Antrag spricht sich dafür aus, das sogenannte wertorientierte Modell zur Berechnung der Grundsteuer anzuwenden, also auf Faktoren wie den Bodenwert und die Durchschnittsmiete und das Baujahr abzustellen. Die Umsetzung dieses Modells bedeutet allerdings einen teuren Verwaltungsaufwand bei der Erhebung der Steuer, was das Ziel der Aufkommensneutralität infrage stellt.

Ein wertunabhängiges Flächenmodell ist sehr viel einfacher und gerechter als der Ansatz des wertorientierten Modells. Letzteres würde in Dortmund zu nicht unerheblichen Unterschieden bei Besteuerung von Grundstücken innerhalb unserer Stadt führen, vor allem zulasten der südlichen Stadtbezirke.

Institutionelle Förderung der Projekte „BackUp“ und „CoBaYana“ des Vereins BackUp – ComeBack e. V.

Unsere Fraktion hat sich im Rat der Stadt dafür ausgesprochen, den Verein BackUp – ComeBack e.V und seine Projekte „BackUp“ und „CoBaYana“ für die nächsten fünf Jahre mit einem jährlichen Zuschuss von insgesamt 90.000 Euro zu fördern. Der Verein leistet für die Opferberatung von Menschen, die von rechtsextremistischer oder rassistischer Gewalt betroffen sind und bei der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus in Dortmund wertvolle und unverzichtbare Arbeit für die Stadt.

Bereits im Vorfeld der Ratssitzung hatten wir angekündigt, im Rahmen der kommenden Haushaltsberatungen zu beantragen, dass die jährliche Förderung des Vereins um 10.000 Euro auf dann 100.000 Euro jährlich erhöht wird.

Udo Reppin, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Diese wertvolle und wichtige Arbeit muss höhere Zuweisungen erhalten.“ Neben dem Rechtsextremismus ist auch ein Anstieg an Antisemitismus merklich zu beobachten. „In unserer Stadt sollte sich jeder sicher fühlen“, merkt Reppin an. „Wenn Menschen Angst haben müssen, aufgrund ihrer Herkunft nicht sicher über die Straßen gehen zu können oder Kinder in Schulen aufgrund ihres Glaubens verbal und körperlich angegriffen werden, ist alles zu unternehmen, um so ein Verhalten zu unterbinden. Mit „CoBaYana“ und „BackUp“ haben wir Einrichtungen, die offensiv dem Rechtsextremismus und Antisemitismus begegnen. Und das unterstützen wir!“